



## Protokoll der 12. Sitzung des Einwohnerrates

vom 28. September 2005, 17.00 Uhr, im Landratssaal

**Anwesend:** 37 Mitglieder

**Entschuldigt:** Orla Oeri-Devereux, Pascal Porchet, Stefan Saladin  
Stadtrat Peter Rohrbach

Traktanden	Laufnummer
1. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Parkieren in der Altstadt <i>Erledigt.</i>	2005/44
2. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Kehrrichtabfuhr in der Altstadt <i>Erledigt.</i>	2005/45
3. Antwort des Stadtrates auf die Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Ergänzung im Reklamereglement <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2005/46
4. Antwort des Stadtrates auf das überparteiliche Postulat „Es geht mich etwas an...“ <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2005/51
5. Antwort des Stadtrates auf das Postulat von Ernst Burkhardt, SP Liestal, und Marie-Theres Beeler, Grüne Liestal, betreffend Anknüpfung des Munzachquartiers ans Stedtli <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2005/52
6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion betreffend Quartierpläne, Bauobjekte und Bauland der Stadt <i>Erledigt.</i>	2005/53
7. Antwort des Stadtrates auf das Postulat von Erika Eichenberger, Grüne Liestal, betreffend Fussgänger- und Veloverbindung zur neuen Kantonsbibliothek <i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i>	2005/59
8. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Stefan Saladin und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Eigenmietwerte und Wegfall des Mietkostenabzuges – Konsequenzen für die Stadt Liestal <i>Vertagt.</i>	2005/60
9. Antwort des Stadtrates auf die Motion von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Verkleinerung Begegnungszone <i>://: Der in ein Postulat mit modifiziertem Inhalt umgewandelte Vorstoss wird an den Stadtrat überwiesen.</i>	2005/61

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen September-Einwohnerratssitzung.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) gratuliert den Spielerinnen und Spielern des FC Einwohnerrat/Stadtrat und Verwaltung zu ihrem Sieg gegen den FC Landrat (1:0). Der Match auf dem Gitterli habe unter sehr schlechten Wetterverhältnissen stattgefunden, trotzdem sei „bis zum Umfallen“ gekämpft worden.

---

### Mitteilungen des Ratsbüros

- Die neue Sprechanlage wird positiv beurteilt, auch von den Besucherinnen und Besuchern auf der Tribüne. Es sollte darauf geachtet werden, nicht über das Mikrofon hinauszulehnen, sondern direkt hineinzusprechen. Der Präsident und die Vizepräsidentin werden die Mikrofone nur noch einschalten, wenn diese benützt werden, damit während der Sprechpausen keine störenden Geräusche zu hören sind.
- Das Weglassen des Appells zu Beginn der Sitzung wird für gut befunden. Es erleichtert die Arbeit der Protokollführerin.
- Das Büro hat die direkte Überweisung des Budgets und des Finanzplans an die Finanzkommission (Fiko) und an die Bau- und Planungskommission (BPK) beschlossen. Budget und Finanzplan sollten Ende Oktober vorliegen.
- Auf Antrag der SVP/CVP/EVP-Fraktion hat das Büro einstimmig Margrit Siegrist als ordentliches Mitglied anstelle von Elisabeth Augstburger in die Spezialkommission GoR gewählt. Elisabeth Augstburger wurde einstimmig als Ersatzmitglied anstelle von Margrit Siegrist in die GoR gewählt. Auf Antrag der SP-Fraktion wurde Claudia Roche einstimmig als Ersatzmitglied in die GoR gewählt. Claudia Roche ersetzt den zurückgetretenen Walter Gudenrath.
- Im Rahmen des Begegnungsfestes Integra fand im Landratssaal ein Treffen mit elf Personen aus den verschiedensten Ländern statt, die daran interessiert wären, an einem Migranten- und Migrantinnen-Forum mitzuwirken. Ein weiteres Treffen wurde auf den 18. Oktober vereinbart. Der Stadtrat möchte dieses zweite Treffen abwarten und wenn möglich anschliessend das Postulat von Orla Oeri-Devereux (Nr. 2004/7) beantworten. Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) dankt allen, die etwas zum Begegnungsfest beigetragen haben, speziell Orla Oeri-Devereux, die die Organisation des Behördencafés unter sich hatte.
- Am 9. November 2005 findet um 20 Uhr im Engelsaal ein Podiumsgespräch zum Thema Rassismus und Rechtsextremismus statt, das der Verein „Liestal schweigt nicht“ organisiert. Stadtpräsidentin Regula Gysin sowie einzelne Mitglieder des Einwohnerrates werden daran teilnehmen. Das Büro hat die Fraktionen gebeten zu prüfen, ob es sinnvoll und möglich wäre, die Einwohnerrats-Sitzung vom 9. November 2005 aufgrund dieses Anlasses bereits um 16 Uhr statt um 17 Uhr zu beginnen. Die Fraktionen sind aufgefordert, in der Pause dem Ratspräsidenten ihre Meinung mitzuteilen.
- Zugunsten der Unwetterschäden und -opfer in der Schweiz wurde an der letzten Einwohnerratssitzung der Betrag von CHF 250.- gesammelt und an die Glückskette überwiesen.

---

Als **Stimmzähler/-innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

Claudia Roche	Seite FDP
Margrit Siegrist	Seite SP, Grüne, Fraumättler
Adrian Mächler	Mitte, Büro

---

### **Traktandenliste**

Das Traktandum 8 (Interpellation von Stefan Saladin und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Eigenmietwerte und Wegfall des Mietkostenabzuges – Konsequenzen für die Stadt Liestal, Nr. 2005/60) wird wegen Abwesenheit von Stadtrat Peter Rohrbach und Einwohnerrat Stefan Saladin auf die nächste Sitzung vertagt.

---

### **Neue persönliche Vorstösse**

Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Bedarfsanalyse für eine Tagesschule in Liestal (Nr. 2005/62).

---

### **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 31. August 2005**

://: Das Protokoll wird mit folgender Änderung genehmigt:

Auf Seite 241 (Traktandum 5, GPK-Bericht über die Lagerung und Bewirtschaftung der Abfallvignetten) muss es beim Beschluss heissen: *Vom Bericht ... wird einstimmig Kenntnis genommen* (anstatt *Der Bericht ... wird einstimmig genehmigt*).

---

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet nachträglich auf eine Zusatzfrage betreffend Betteln in der Bahnstufunterführung, die Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) im Rahmen der Fragestunde an der letzten Einwohnerratssitzung gestellt hatte. Betteln sei generell nicht verboten, so lange es nicht aufdringlich sei. Wenn jemand musiziere, müsse er nach einer halben Stunde den Ort wechseln. Was die Bahnstufunterführung betreffe, so handle es sich um Terrain der SBB. Offenbar würden dort Bettler geduldet.

**90 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**1. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Parkieren in der Altstadt (Nr. 2005/44)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation betreffend Parkieren in der Altstadt**

Damit das Einkaufszentrum Liestal konkurrenzfähig bleibt und überleben kann, ist es unumgänglich, dass in der Altstadt oder in nächster Nähe genügend Parkflächen vorhanden sind. Gemäss diversen Studien generiert ein zentral gelegener Parkplatz ein jährliches Umsatzvolumen von 50'000 Franken.

In letzter Zeit sind verschiedene Massnahmen ergriffen worden, welche zu einer massiven Verschlechterung der Parkplatz-Situation geführt haben. So wurde die Gratis-Halbstunde abgeschafft und an diversen Orten sind Parkplätze „entfernt“ resp. zweckentfremdet worden (z.B. 2 PP auf dem Zeughausplatz, 1 PP auf dem Fischmarkt und 1 PP in der Mühlegasse, 4 PP auf dem Wasserturmplatz). Die Einführung der Begegnungszone hat bei vielen Kundinnen und Kunden zusätzlich für Unmut gesorgt. Die heutigen Einkaufsgewohnheiten sind einfach so, dass Grosseinkäufe mit dem PW durchgeführt werden. Wenn nicht genügend attraktive Parkplätze angeboten werden, wandert die Kundschaft nach und nach in die nahegelegenen Einkaufszentren ab, wo zudem noch gratis parkiert werden kann. Zu erwähnen ist noch, dass die Bushaltestellen für das Einkaufszentrum auch nicht sehr günstig liegen. Liestal kann nur mit Fussgängern und Velofahrern nicht überleben. Das Einkaufen muss auch für die motorisierten Kunden attraktiv sein.

Ein Lichtblick zeichnet sich bei einer allfälligen Manor-Überbauung an der Büchelstrasse ab. Kommt dieses Projekt zustande, wäre das eine willkommene Ergänzung an Parkplätzen. Da infolge der schlechten Finanzlage kaum anzunehmen ist, dass in absehbarer Zeit am Altstadtrand genügend neuer öffentlicher Parkraum geschaffen werden kann, gilt die Devise, die bestehenden Parkflächen optimal zu bewirtschaften.

Ich bitte deshalb den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist er bereit, das bestehende Parkierungskonzept zu überarbeiten und entsprechend anzupassen, damit Einkaufen in Liestal auch in Zukunft attraktiv ist?
2. Könnten auch neue Formen (z.B. Kombination Begegnungszone / neue PP in der Rathausstrasse oder Kanonengasse) überprüft werden? Entsprechende Beispiele gibt es in andern Orten, z.B. Aarberg oder in diversen Städten in Deutschland.
3. Wäre es möglich, auch die Verlegung der Busroute in die Rathausstrasse ins Auge zu fassen?

Hanspeter Meyer  
SVP/CVP/EVP-Fraktion  
18. April 2005

---

Stadtrat Ruedi Riesen weist darauf hin, dass der Einwohnerrat vor rund drei Jahren ein Parkierungskonzept für Liestal gutgeheissen habe. Wechsel in der Planung seien trotzdem möglich. Er verstehe, dass man die Parkplatz-Situation immer wieder anders sehen könne. Konzeptionelle Fragen könne man aber nicht immer wieder neu überlegen.

Zu den Fragen nimmt Stadtrat Ruedi Riesen wie folgt Stellung:

1. *Die Grundlage für attraktives Parkieren ist das vorliegende Konzept. Anpassungen sind willkommen. Beispielsweise wird es neue Parkplätze im Zuge der Quartierüberbauung Manor geben. In Bezug auf den Raum Rebgrasse befindet sich die Stadt ausserdem in Verhandlungen mit Investoren über einen Quartierplan mit einem unterirdischen Parking. Die Attraktion des Stedtlis beruht nicht auf wenigen neuen Parkfeldern in der Rathausstrasse.*

2. *Das Generieren von neuen Parkplätzen in der Altstadt kommt vorläufig nicht in Frage. Der Stadtrat möchte abwarten, wie viele Parkplätze an der Peripherie der Altstadt erstellt werden.*

3. *Busse durch die Rathausstrasse zu führen, widerspricht der Idee der Begegnungszone. Mehr Verkehr in der Rathausstrasse ist unerwünscht. Die Busrouten sollen vorerst so bleiben, wie sie sind.*

Stadtrat Ruedi Riesen unterstreicht, seine Antwort gehe in folgende Richtung: Die Stadt habe ein neues Parkierungskonzept, das übrigens Teil des Verkehrskonzepts sei. Der Stadtrat wolle in konzeptionellen Fragen kurzfristig nichts verändern.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) legt dar, der Vorstoss sei absichtlich etwas provokativ formuliert, aus Sorge des Detailhandels heraus, dem es relativ schlecht gehe. Vor kurzem habe die Schweizerische Vereinigung des Detailhandels eine repräsentative Kundenumfrage zu den Einkaufsgewohnheiten in den Innenstädten durchgeführt. Die Umfrage habe gezeigt, dass die Besucherfrequenzen zwischen 2000 und 2004 um 13 Prozent abgenommen hätten, hauptsächlich wegen der schlechten Erreichbarkeit für die Autofahrer. Der Umsatz, den ein Parkplatz generiere, habe sich noch vor einigen Jahren auf CHF 60'000.- bis 70'000.- belaufen, heute seien es immerhin noch etwa CHF 50'000.- In Liestal gebe es Detailhändler, die in den letzten Jahren bis zu 30 Prozent an Umsatz eingebüsst hätten. Diverse Faktoren seien dafür verantwortlich. Die Einkaufsgewohnheiten hätten sich verändert, viele Leute seien berufstätig und würden einen Wocheneinkauf machen, meist in einem Einkaufszentrum. Wenn der Detailhandel den Einkaufszentren gegenüber bestehen wolle, müsse man zu gewissen Anpassungen bereit sein. Es sei klar, dass man nicht alles auf den Kopf stellen könne. Mit den Bestrebungen für langfristige Verbesserungen sei man auf dem richtigen Weg. Man müsse aber auch schauen, wo es kurzfristige Verbesserungen brauche. Man könnte den Bus zum Beispiel provisorisch beim Törli oder beim KV halten lassen. Die Haltestelle Kasernen sei schlecht gelegen. Zum Schluss wolle er ein Schlagwort zitieren, das sich aus den diversen Untersuchungen habe ableiten lassen: „Parkplatz = Umsatz = Arbeitsplatz = Steuerertrag = Wohlstand“.

Jacqueline Hauser Lüthi (FDP) betont, die FDP-Fraktion sei bestrebt, dass die Gewerbetreibenden in Liestal weiterhin unterstützt würden und konkurrenzfähig bleiben könnten. Es sei wichtig, dass nicht weitere Parkplätze verschwinden würden. Am Zeughausplatz und Fischmarkt sollten sie erhalten bleiben, bis es eine Alternative, beispielsweise ein Parkhaus, gebe. Es sei aber keine Lösung, neue Parkplätze in der Rathausstrasse zu erstellen oder eine Buslinie durchs Stedtli zu führen.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion beantworte alle drei Fragen mit Nein. Das heutige Parkierungsreglement sei erst zwei Jahre alt, und schon wolle man es wieder verändern. An der Ausgangslage habe sich seit der Gutheissung des Konzepts nicht viel geändert. Alle Beschlüsse, insbesondere auch die Aufhebung der Gratisparkplätze, seien mit grossem Mehr getroffen worden. In Liestal meine man, man könne mit dem Auto gleich vor die Laden-

türe fahren, während man in Basel viel längere Fussmärsche in Kauf nehme. Die Aussage, ein Parkplatz sei gleichbedeutend mit CHF 50'000,- Umsatz, sei zu einfach. Der Umsatz hänge auch vom angebotenen Sortiment ab. Das Parkhaus in der Manor-Überbauung mache nur dann Sinn, wenn man ernsthaft über die Parkplätze in der Altstadt diskutiere. Seine Fraktion sei für mehr unterirdische und weniger oberirdische Parkplätze. Es sei im Übrigen interessant, dass der VCS, der sich dafür einsetze, dass die Einkaufszentren mit ihren vielen Parkplätzen nicht überhand nehmen würden, von den Kreisen kritisiert werde, die ebenfalls ihre Probleme mit den Einkaufszentren hätten.

Danielle Schwab (SP) stellt fest, das Thema Parkplätze bewege die Gemüter. Die Grosseinkaufszentren seien ein neues und zunehmendes Phänomen und eine ernstzunehmende Konkurrenz für die Gewerbebetriebe. Die speziellen Stärken des Einkaufsortes Liestal müssten gefördert werden. Dazu gehöre sicher eine attraktive, verkehrsberuhigte Innenstadt. Mehr Parkplätze in der Innenstadt wären ein Schuss hinten hinaus. Ein vernünftiges Parkierungskonzept sei wichtig. Die Anbindung des Stedtli mit der Bushaltestelle Kaserne halte sie auch nicht für optimal.

Ernst Burkhardt (SP) gibt zu bedenken, wieviel Suchverkehr fünf neue Parkplätze in der Rathausstrasse produzieren würden. So würde sich das Gewerbe die schöne Altstadt selbst zerstören. Hanspeter Meyer habe mit seiner Argumentation nur durch die Autobrille geschaut. Die Stadt habe aber noch andere Faktoren der Attraktivität als Parkplätze. Das Manor-Gebäude werde Lösungen bringen. Schon einmal habe sich das Gewerbe etwas kaputtgemacht, nämlich mit der Ablehnung des Ausbaus der Rathausstrasse. Man hätte ein schönes altes Stedtli haben können. Man müsse aufpassen mit der einseitigen Ausrichtung nur auf Parkplätze. Die Feinstaub-Diskussion würde auch noch dazugehören.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) sagt, er sei Geschäftsinhaber in der Rathausstrasse. Man müsse dort um den Umsatz kämpfen. Die Umsatzzahlen seien in den letzten 15 Jahren ständig zurückgegangen. Parkplätze brauche es auch. Die Interpellation sei entstanden, weil immer mehr Parkplätze verschwunden seien. Man solle die gewerblichen Ansichten auch in Rechnung stellen.

Stadtrat Ruedi Riesen (SP) erwidert, er sei als Architekt selbst aus einem gewerblichen Beruf. Er habe seine Kontakte in der IGL und sehe die Problematik durchaus. Der Reiz des alten Stedtli sei die jetzige verkehrsarme Situation. Am Kleinstädtetag seien die Besucherinnen und Besucher von der Stadtkulisse und der Begegnungszone in Liestal begeistert gewesen. Der Detailhandel habe Schwierigkeiten, dies beschäftige ihn auch. Positiv beschäftige ihn das Zentrum Engel. Dieses sei in der Planungsphase bekämpft worden, nicht zuletzt vom Detailhandel. Inzwischen könne man davon ausgehen, dass das Zentrum Engel der Altstadt mehr Attraktivität verleihe. Er wisse aus zuverlässiger Quelle, dass der Engel nicht einmal dem Coop geschadet habe. Er sei überzeugt davon, dass die Manor-Überbauung zu einem Taktgeber für den Detailhandel in Liestal werden könne. 200 neue Parkplätze wären dann in nächster Nähe der Altstadt. Dann könne man auch daran denken, wie man die übrige Situation verbessern könne, etwa den Fischmarkt, die Allee und den Zeughausplatz. Der Markt am Fischmarkt sei mit der jetzigen Gestaltung kein wirklicher Markt.

Astrid Basler (GL) äussert, Ruedi Riesen habe das Stichwort Fischmarkt gegeben. Wenn dort der Frischmarkt abgehalten werde, sei die Situation für Fussgänger und Velobenutzer schwierig. Am Fischmarkt müsse man etwas unternehmen, um den Markt sowie die ganze Situation für Einkaufende attraktiver zu machen.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**91 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**2. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Kehrrichtabfuhr in der Altstadt (Nr. 2005/45)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation betreffend Kehrrichtabfuhr in der Altstadt**

Die Kehrricht-Abfuhr vom Dienstag ist für die Altstadt ein Ärgernis. Die Kehrrichtsäcke werden vielfach bereits am Vorabend bereitgestellt (in einigen Fällen gar schon am Samstag), oder am frühen Dienstagmorgen. Die Abfuhr erfolgt dann aber erst um die Mittagszeit.

Wöchentlich türmen sich deshalb während Stunden Berge von Kehrrichtsäcken an neuralgischen Orten, so z. B. links und rechts vom Törl, bei den Kirchhofzugängen oder am oberen Fischmarkt. Für die Kunden und für Touristen bietet sich ein unmöglicher, unästhetischer Anblick. Während den Sommermonaten kommt noch der Gestank hinzu, was besonders für die vielen Gäste der Strassen-Restaurants sehr unangenehm ist.

Ich bitte deshalb den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wäre es nicht möglich, die Touren-Einteilung so zu ändern, dass die Altstadt am frühen Dienstagmorgen durch die Kehrricht-Abfuhr „bedient“ wird?
2. Welche gesetzlichen Möglichkeiten bieten sich an, um zu verhindern, dass die Kehrrichtsäcke nicht schon am Vorabend oder noch früher auf öffentlichem Areal deponiert werden?

Hanspeter Meyer  
SVP/CVP/EVP-Fraktion  
15. April 2005

---

Stadträtin Marion Schafroth erläutert, die Interpellation sei bald ein halbes Jahr alt. Damals sei die Abfuhr im Stedtli jeweils am Dienstag durchgeführt worden. Ein Ärgernis sei gewesen, dass stets Säcke zu früh hinausgestellt worden seien und dass die Abfuhr erst gegen Mittag erfolgt sei. Der Grund, dass der Abfall nicht schon am frühen Morgen abgeholt worden sei, liege darin, dass viele Geschäfte am Montag geschlossen hätten. So hätten sie Zeit gehabt, ihre Säcke hinauszustellen. Das Abfuhrunternehmen sei frühmorgens in Aussenquartieren unterwegs gewesen und habe deshalb erst gegen Mittag die Säcke im Stedtli einsammeln können.

Zu den Fragen nimmt Stadträtin Marion Schafroth wie folgt Stellung:

*1. Es wird weiterhin dabei bleiben, dass der Abfall nicht in aller Frühe abgeholt wird. Es wurde aber mit dem Unternehmen abgemacht, dass die Abfuhr im Stedtli um 9 Uhr beginnt und spätestens um 11.30 Uhr endet. Zu Verspätungen kann es trotzdem kommen. Mit der Firma Saxer wurde ausserdem ausgehandelt, dass sie am Donnerstag, wenn sie ebenfalls in Liesetal unterwegs ist, eine zweite Tour im Stedtli durchführt. Die Firma Saxer macht dies ohne Aufpreis. Diese Neuerungen sind bereits eingeführt worden. In den Betrieben wird die Situation bis Dezember evaluiert. Die Tendenz ist, dass man in der Altstadt eine zweite Tour behalten möchte. Ausserdem wird für die Abfallabfuhr eine Neuausschreibung gemacht. Man wird bei dieser Neuausschreibung versuchen, die Sammeltage auf Dienstag und Freitag zu*

*legen, um eine bessere Verteilung zu haben. Dies würde die Bevölkerung wahrscheinlich auch motivieren, die Säcke zu Hause zu behalten und nicht zu früh hinauszustellen.*

*2. Vom Reglement her besteht die Möglichkeit, Bussen bis zu CHF 1000.- auszusprechen. Das Problem ist die Durchsetzung, da man die betreffenden Leute in flagranti ertappen und einen Beweis für die Zuwiderhandlung haben muss.*

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich davon befriedigt, wünscht aber die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) bedankt sich für die unbürokratische und rasche Behandlung seines Anliegens. Die zusätzliche Abfuhr in der Altstadt sei eine grosse Entlastung. Das Ärgernis, dass am Samstag schon Kehrichtsäcke für die Abfuhr am Dienstag draussen gelagert würden, bestehe allerdings noch immer. Er bitte darum, die Bevölkerung mit Öffentlichkeitsarbeit verstärkt zu motivieren, sich korrekt zu verhalten.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**92 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**3. Antwort des Stadtrates auf die Motion von Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Ergänzung im Reklamereglement (Nr. 2005/46)**

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

**Motion betreffend Ergänzung im Reklamereglement**

Gemäss Reklamereglement können Liestaler Vereine oder Organisationen, die auswärts eine Veranstaltung durchführen (z. B. Turnverein Liestal), an Plakatanschlagstellen und an Kultursäulen dafür werben, jedoch nicht an den anderen gewohnten Stellen. Wir sind der Meinung, dass diese einheimischen Veranstalter die gleichen vielfältigeren Reklamemöglichkeiten für solche Anlässe haben sollten wie diejenigen, die den Anlass in Liestal selber durchführen.

§ 5 im Reklamereglement sollte deshalb durch den Buchstaben c. ergänzt werden.

§ 5 Eigenreklamen und Anschriften

- 1 Eigenreklamen sind Reklamen,
  - a. deren Standort mit dem beworbenen Gut in örtlichem Zusammenhang steht, oder
  - b. die im Falle von Veranstaltungen für solche auf dem Gemeindegebiet werben,  
*oder*
  - c. *die im Falle von Veranstaltungen von ortsansässigen Vereinen oder Organisationen stammen.*

Wir beauftragen den Stadtrat, dem Einwohnerrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten, damit die notwendige Ergänzung im § 5 vorgenommen werden kann.

Elisabeth Augstburger und Claudio Wyss  
SVP/CVP/EVP-Fraktion  
19. April 2005

---

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) fragt den Stadtrat, ob er bereit sei, die Motion entgegenzunehmen.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, der Stadtrat wolle den Vorstoss entgegennehmen. Er sei mit dem Wortlaut der Motion einverstanden.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) dankt Stadtrat Ruedi Riesen für die Entgegennahme der Motion. Es sei sehr positiv, immer wieder zu sehen, wie der Stadtrat hinter den Vereinen stehe. Die Vereine hätten einen wichtigen Stellenwert in der Gesellschaft. Viele seien angewiesen auf die Einnahmen durch Anlässe. Deshalb müssten sie gute Werbung machen können. Sie sollten die gleichen Reklamemöglichkeiten für auswärtige Veranstaltungen wie für Anlässe in Liestal haben. Sie bitte den Rat, die Motion zu überweisen.

Bernhard Fröhlich (FDP) teilt mit, seine Fraktion stehe hinter der Motion. Man habe ein perfektes Reklamereglement gemacht; die Perfektion habe aber ihre Tücken und werde diese

auch in der Zukunft haben. Es werde im Reglement eventuell noch das eine oder andere zu korrigieren sein. Als Sofortmassnahme aber sei die Motion zu überweisen.

Corinne Ruesch (GL) äussert, auch ihre Fraktion sei der Meinung, dass es den Vereinen möglich sein sollte, für Veranstaltungen zu werben, die nicht in Liestal stattfänden. Es sei ihr allerdings nicht klar, was im Vorstoss mit „anderen Stellen“ ausser den Plakatanschlagstellen und Kultursäulen gemeint sei.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) erklärt, damit sei das wilde Plakatieren gemeint. Dies sei in der aktuellen Fassung des Reglementes auf privatem oder öffentlichem Grund mit dem Einverständnis des Besitzers erlaubt, allerdings nur, wenn es sich um Veranstaltungen in Liestal handle. Er könne dazu aber nur unverbindlich Stellung nehmen.

Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, die SP-Fraktion werde die Motion einstimmig überweisen.

Astrid Basler (GL) sagt, sie habe etwas zu den Tücken des Reglements hinzuzufügen. Sie wisse, dass ein auswärtiger Verein, der ein Plakat an einer Liestaler Kultursäule aufgehängt habe, einen Brief von der Stadt erhalten habe, in dem auf das Reklamereglement verwiesen wurde. Sie denke, auch auswärtige Vereine müssten die Möglichkeit haben, beispielsweise für Konzerte oder karitative Anlässe in Liestal zu werben.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) erwidert, das Aufhängen von Plakaten an Kultursäulen stehe auch auswärtigen Vereinen zu. Sie müssten die Plakate einfach zuerst bei der Stadtverwaltung abgeben. Das stehe im Reglement.

Astrid Basler (GL) meint, dann müsse man die Vereine anders informieren.

Marie-Theres Beeler (GL) erläutert, es gehe darum, dass die Vereine und Organisationen die Plakate nicht selbst hinhängen dürften. Nur wenn sie selbst Werbung anbringen würden, bekämen sie einen Brief. Man müsse die Plakate bei der Stadtverwaltung abgeben. Sie bitte Astrid Basler, den betreffenden Verein entsprechend zu informieren.

://: Die Motion wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

**93 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**4. Antwort des Stadtrates auf das überparteiliche Postulat „Es geht mich etwas an...“ (Nr. 2005/51)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

**Überparteiliches Postulat "Es geht mich etwas an..."**

**Ausgangslage**

Im Jahre 2001 wurde in unserer Kleinstädte-Partnergemeinde Burgdorf mit grossem Erfolg die vom Gemeinderat initiierte Kampagne "Courage. Für Menschen - gegen Gewalt" durchgeführt. Auslöser dieser Aktion waren damals rechtsextremistische Übergriffe im Jugendzentrum. Nicht zuletzt auch in Erinnerung an die Vorfälle am Liestaler Bahnhof vom vergangenen Jahr und in der Hoffnung, diese künftig vermeiden zu helfen, plant der Verein "Liestal schweigt nicht", die Kampagne nun auch in unserer Gemeinde durchzuführen. Entsprechende Vorgespräche und Abklärungen mit der zuständigen Burgdorfer Gemeinderätin wurden vom Vereinsvorstand bereits geführt. Im Rahmen der Beratung des Postulats von Orla Oeri-Devereux (2004/8 / Förderung der Zivilcourage) in der Einwohnerratssitzung vom 22. September 2004 wurde u. a. auf die Zuständigkeit des Vereins "Liestal schweigt nicht" hingewiesen und auch der Wunsch nach Konkretisierung geäussert. Vor diesem Hintergrund entstand, in Absprache mit dem Vereinsvorstand, das nun vorliegende Postulat.

**Projekt**

Die Kampagne soll zur Zivilcourage ermutigen und ein öffentliches Bekenntnis zu den Regeln des friedlichen Zusammenlebens in der Gemeinde ermöglichen. Das Projekt ist zeitlich begrenzt und findet in einer Veranstaltung ihren Abschluss.

Herzstück ist das Bekenntnis "Ich will Courage haben und Courage zeigen... hinhören und hinschauen, wenn Menschen Unrecht geschieht". Damit verbunden ist die Veröffentlichung der Namensliste aller Liestaler MitunterzeichnerInnen. Das Gestaltungskonzept soll mit jenem von Burgdorf identisch sein und wird ohne Kostenfolge zur Verfügung gestellt. Das Rahmenprogramm sollte nach Möglichkeit von allen interessierten Kreisen mitgestaltet werden können. In Burgdorf wurden u.a. ein Fest, Standaktionen und Podiumsdiskussionen veranstaltet. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden Plakate, käuflich erwerbliche T-Shirts und Pins sowie eine Informationsbroschüre hergestellt (vgl. <http://www.courage-burgdorf.ch>).

Die gemeinsame Trägerschaft durch den Stadtrat und den Verein "Liestal schweigt nicht" ermöglicht die erforderliche Unterstützung und Glaubwürdigkeit der Kampagne und ist damit eine wesentliche Voraussetzung für deren Erfolg.

**Antrag**

Der Stadtrat wird gebeten, die Durchführ- und Finanzierbarkeit eines Projekts analog Burgdorf in Zusammenarbeit mit dem Verein „Liestal schweigt nicht“ zu prüfen und dem Einwohnerrat darüber Bericht zu erstatten.

Bernhard Fröhlich, FDP

Claudio Wyss, CVP

Danielle Schwab, SP

Elisabeth Augstburger, EVP

Ernst Gebhardt, Fraumättler

Marie- Therese Beeler, Grüne

Paul Finkbeiner, SVP

Mai 2005

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) fragt, ob sich der Stadtrat dazu äussern wolle.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, der Stadtrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Sicherheit und Hinschauen seien ein grosses Bedürfnis. Man sehe dies auch daran, dass es sich um eine überparteiliche Eingabe handle. Man habe bereits zu Beginn der Sitzung gehört, dass es im November eine Veranstaltung zu diesem Thema geben werde. Ihrer Meinung nach gehe es nicht nur um Rechtsextremismus, sondern um Gewalt generell.

Danielle Schwab (SP) legt dar, „Es geht mich etwas an“ sei eine Kampagne, die von Leuten lebe, die sich ausserhalb des Einwohnerrates profilieren wollten, mit konkreten Projekten und ihrem Bekenntnis zu Toleranz und gegen Rassismus. Das Postulat sei keinem politischen Lager zuzuschreiben. Der Stadtrat werde gebeten zu prüfen, wie man die Kampagne durchführen könne. Wichtig sei, dass man sich zu den Regeln des friedlichen Zusammenlebens in der Gemeinde bekenne und seine Grenzen gegenüber Vandalismus, Fremdenfeindlichkeit und Pöbeleien zeige. In Burgdorf und in anderen Kleinstädten sei die Kampagne bereits realisiert worden, und dies mit Erfolg. Es sei zum Thema Zivilcourage diskutiert worden, und nur schon das sei etwas sehr Wichtiges. Es gebe unterschiedliche Meinungen darüber, was Zivilcourage heisse und ob dies eine Aufgabe der Stadt oder Privatsache sei. Viele Leute hätten heute Angst, einzugreifen und ihre Meinung zu sagen. Genau diese Angst schränke die eigene Toleranzfähigkeit längerfristig ein. Der Verein „Liestal schweigt nicht“ sei der Meinung, dass eine solche öffentliche Diskussion unter der Federführung der Exekutive zu realisieren sei, damit sie breit abgestützt sei. Sie danke für die Bereitschaft des Stadtrats, das Postulat entgegenzunehmen, und bitte den Rat um Überweisung.

Claudio Wyss (SVP/SVP/EVP) erklärt, die Ziele dieses Vorstosses seien die gleichen wie diejenigen des Postulats von Orla Oeri-Devereux zum Thema Zivilcourage vom vergangenen September. Jenes Postulat sei damals im Einwohnerrat relativ knapp abgelehnt worden. Man habe aber gemerkt, dass das Thema den Anwesenden trotzdem unter den Nägeln brenne. Auch seine Fraktion habe sich damals mehrheitlich gegen den Vorstoss ausgesprochen. Aus zwei Gründen sei seine Fraktion diesmal für die Überweisung. So sei die Stadt diesmal nicht die Hauptträgerin der Aktion, sondern der Verein „Liestal schweigt nicht“ spiele eine wichtige Rolle. Ausserdem gebe es ein bereits umgesetztes Konzept in Burgdorf, das man, angepasst auf hiesige Verhältnisse, übernehmen könne.

Erika Eichenberger (GL) führt aus, die Grüne Fraktion stehe hinter der Idee, wie sie das Postulat formuliere. Es braucht die Mitträgerschaft durch den Stadtrat, damit die Aufforderung und glaubhaft werde. Die Bevölkerung solle wieder vermehrt den Mut habe, hinzuschauen und sich einzumischen, wenn jemandem Unrecht geschehe. In Liestal solle es um die Regeln des friedlichen Zusammenlebens gehen, nicht zentral um Rechtsextremismus wie in Burgdorf. Man könne aber von den Erfahrungen von Burgdorf profitieren. Bei Kindern und Jugendlichen gehe es auch um kleinere Untugenden. Auch im öffentlichen Raum wollten sie oft Grenzen testen. Für ihre Orientierung sei es wichtig, dass sie in Schranken gewiesen würden, auch von der Öffentlichkeit.

Bernhard Fröhlich (FDP) äussert, es gehe um ein ernsthaftes Thema. Die FDP-Fraktion sei einstimmig für Überweisung des Postulats. So breit, wie der Vorstoss getragen werde, so breit solle auch die Finanzierung sichergestellt werden. Seiner Ansicht nach wäre es gut, wenn nicht einfach die Stadt die Kosten übernehmen würde. Auch die Interessengruppen sollten mitzahlen. Wenn nicht nur der Staat etwas regle, sei man mehr mit Herz und Seele dahinter. Es seien kreative Ansätze zu überlegen, wie die Kampagnen finanziell breit abzustützen sei.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) sagt, er wolle Stadtpräsidentin Regula Gysin sehr darin unterstützen mit der Bemerkung, dass es nicht nur um Rechtsextremismus gehe. Es gebe auch Linksextremismus. Es gehe um Gewalt und Extremismus.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin fügt hinzu, in Zusammenhang mit dem Kleinstädtetag seien auch Vertreter von Burgdorf in Liestal gewesen. Man habe dieses Thema ausgiebig erörtert.

**94 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**5. Antwort des Stadtrates auf das Postulat von Ernst Burkhardt, SP Liestal, und Marie-Theres Beeler, Grüne Liestal, betreffend Anknüpfung des Munzachquartiers ans Stedtli (Nr. 2005/52)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

**Postulat betreffend Anknüpfung des Munzachquartiers ans Stedtli**

Die signalisierte Kantonale Veloroute Frenkendorf talaufwärts und die Route Nr. 3 von Veloland Schweiz tangieren das Munzachquartier beim Spitalfriedhof und führen der Bahn entlang über die Wiedenhubstrasse zum Bahnhof und weiter ins Stedtli. Nicht nur die unangenehmen Steigungen, sondern auch die nicht ungefährlichen Einmündungen in die Sichertstrasse, in die Oristalstrasse (bei der Unterführung) und in die Bahnhofstrasse (bei Publicitas) führen dazu, dass die Velo fahrenden Munzachbewohner die direkteste Verbindung ins Stedtli über die Route Goldbrunnenstrasse - Kreuzbodenweg - Rheinstrasse - Kantonalbankkreuzung wählen.

Gefährlich allerdings ist die Einfahrt des Kreuzbodenweges in die Rheinstrasse auf der Höhe des ehemaligen Restaurants Reblaub, und mühsam ist das Vorwärtskommen auf der Rheinstrasse bei stehender oder langsam fahrender Autokolonne. Denn immer wieder hat es Automobilisten, die so nahe am Trottoirrand vorwärtskriechen, dass die Velofahrer gezwungen sind, abzusteiigen oder aufs Trottoir auszuweichen.

Wir bitten den Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Kanton (Rheinstrasse ist Kantonsstrasse) zu prüfen,

- a) wie die Einfahrt des Kreuzbodenweges in die Rheinstrasse für Velofahrer weniger gefährlich gestaltet werden kann und
- b) ob von der Einmündung des Kreuzbodenweges in die Rheinstrasse bis zum Restaurant Falken ein Velostreifen aufgezeichnet werden kann.

Dem Einwohnerrat ist zu berichten.

Ernst Burkhardt, SP Liestal  
Marie-Theres Beeler, Grüne Liestal  
20. Mai 2005

---

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) fragt, ob der Stadtrat dazu Stellung nehmen wolle.

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, dass sich der Stadtrat mit dem Postulat schwer tue. Die Einmündung des Kreuzbodenweges in die Rheinstrasse sei bereits für Velofahrer optimiert worden. Die Rheinstrasse sei auch nirgendwo so eng wie dort. Es sei tatsächlich eine heikle Situation. Die Überlegung, das Munzachquartier besser ans Stedtli anzuschliessen, könne er nachvollziehen. Er habe sich überlegt, ob man nicht auch über die Wiedenhubstrasse oder die Mühlemattstrasse ins Stedtli fahren könne. Die Rheinstrasse sei jetzt noch, ohne dass das neue Verkehrskonzept umgesetzt sei, die gefährlichste Strasse. Obwohl sich der Stadtrat schwer tue mit dem Postulat, gebe er sich Mühe, es entgegenzunehmen. Er sehe die Lösung für das Problem eher im Zusammenhang mit dem Quartierplan Bahnhof, weniger auf der Rheinstrasse selbst. Der Stadtrat wolle das Ganze aber zusammen mit dem Kanton vor Ort anschauen und dann das Postulat beantworten.

Ernst Burkhardt (SP) weist auf den Entwicklungsplan 95 hin, in dem stehe, dass die peripheren Gebiete durch attraktive Fuss- und Radwege sicher mit dem Stadtzentrum zu verbinden seien. Aus dem Munzachquartier habe man drei Möglichkeiten, ins Stedtli zu kommen. Entweder fahre man über die Wiedenhubstrasse zur Bahnhofunterführung und von da zur Kantonalbank-Kreuzung oder zur Poststrasse. Die andere Möglichkeit sei, durch den Kreuzboden, die Mühlemattstrasse, das Grienmattwegli und den Schleifewuhrweg Richtung Stedtli zu fahren. Beide Wege seien nicht attraktiv. Meistens nehme er den direkten Weg über den Kreuzbodenweg und die Rheinstrasse. Das Problem sei, dass die Autos auf der Rheinstrasse oft ganz rechts fahren würden, so dass er mit dem Velo aufs Trottoir ausweichen müsse. Sein Anliegen sei, dass man auf diesem Stück eine gewisse Breite Richtung Stedtli für die Velofahrer reserviere. Auch die Einfahrt vom Kreuzbodenweg her sollte man nochmals anschauen. Im Moment werde dort eine Baustelle eingerichtet, das Restaurant Reblauben werde abgerissen. Er sehe dies als Chance. Bei der Neuorganisation wäre eventuell eine Verbreiterung möglich. Er hoffe, dass der Stadtrat helfe, dafür zu sorgen, dass es direkte Velowege aus den Quartieren ins Zentrum gebe. Es gehe nicht nur um ihn. Er bitte um Überweisung des Postulats.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) teilt mit, er sei ebenfalls ein Bewohner des Munzach-Quartiers und unterstütze den Vorstoss. Seine Fraktion halte das Postulat für sinnvoll. Gerade jetzt, wo die Reblauben abgerissen werde, gebe es Möglichkeiten, bauliche Veränderungen vorzunehmen.

Marie-Theres Beeler (GL) fügt hinzu, sie wohne auch im Munzachquartier. Sie lasse ihre Kinder verbotenerweise auf dem Trottoir fahren, damit sie nicht gefährdet seien. Sie wolle zu den Überlegungen noch etwas hinzufügen. Es wäre auch möglich, einen Velostreifen statt an der engen Stelle wie im Vorstoss formuliert weiter stadtauswärts beim kantonalen Altersheim beginnen zu lassen, wo die Strasse bedeutend breiter sei und bereits eine Einfahrtmöglichkeit in die Rheinstrasse bestehe. Dies wäre eine ungefährlichere Variante.

Vreni Wunderlin (FDP) sagt, sie nehme oft die Einfahrt Kreuzboden und finde dies nicht so gefährlich. Schlimmer seien die Rosenstrasse oder Kasernenstrasse. Wenn dort ein Bus komme, müsse man aufpassen, dass man nicht auf das Trottoir falle.

Adrian Mächler (FDP) meint, das Problem sei erkannt. Seine Fraktion verstehe das Postulat als Anregung und sei der Meinung, man solle es anschauen. Man müsse ein wenig Phantasie walten lassen. Die FDP-Fraktion sei für Überweisung.

Ernst Gebhard (Fraumättler) äussert, aus seiner Velofahrerperspektive würde er auch am Kreuzbodenweg auf das Trottoir ausweichen. Vorne bei der Polizei sei das Trottoir ja breit, auch bei der Gebäudeversicherung, nur beim Kreuzboden sollte es ein wenig breiter sein. Bei der Kantonalbank müsse man absteigen und über den Fussgängerstreifen gehen. Dann komme man bereits in die Begegnungszone. Diese Möglichkeit wolle er als Velofahrer mitgeben.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

95 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion betreffend Quartierpläne, Bauobjekte und Bauland der Stadt (Nr. 2005/53)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation betreffend Bauobjekte und Bauland der Stadt**

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

Aus der Vergangenheit wissen wir, dass die Bau- und Planungskommission diverse Quartierpläne bearbeitet hat. Diese sind zum Teil realisiert worden. Gerne hätte ich gewusst, wie der Stand der Planung oder Ausführung der noch nicht realisierten Quartierpläne ist:

- Konrad-Peter-Areal,
- Cheddite,
- Hanro-Areal,
- Untere Grosse Matte,
- etc.

Die Stadt ist im Besitz diverser Liegenschaften, die zum Kauf angeboten wurden. Wie weit sind die Verkaufsverhandlungen?

- Rampareal (Preis),
- Büchelstrasse 53 (Preis),
- etc.

Beabsichtigt die Stadt, weitere Liegenschaften oder Bauland zu verkaufen?

-Erschliessung Burgundergebiet: Wie weit ist die Planung der Sammelstrasse Talacher im Burgundergebiet?

Pascal Porchet  
FDP Fraktion  
23. Mai 2005

---

Zu den Fragen nimmt Stadtrat Ruedi Riesen wie folgt Stellung:

*Konrad Peter-Areal: Am 23. Juni 1999 hat der Einwohnerrat der Erarbeitung eines Quartierplanes auf dem Konrad Peter-Areal zugestimmt (Nr. 99/234). Es konnten aber keine Investoren gefunden werden. Das Konzept wurde deshalb nicht realisiert. Inzwischen wurde der Wettbewerb zum Bahnhofareal mit den entsprechenden Quartierplänen realisiert. Die Grundeigentümerin des Konrad-Peter-Areals, die Basellandschaftliche Kantonalbank, ist am Bahnhof ebenfalls mit einer grösseren Parzelle involviert. Sie stellt dieses Projekt nun voran. Das Unternehmen Lidl hat Interesse am Konrad Peter-Areal gezeigt, weiter hat sich aber bisher nichts entwickelt.*

*Cheddite: Die Quartierplanung Cheddite wurde am 16. Juni 2005 zur Genehmigung an den Regierungsrat weitergeleitet. Die Verzögerung ist durch eine Einsprache entstanden. Für die Einspracheverhandlung musste aus rechtlichen Gründen auf die etwas später angesetzte Gemeindeversammlung mit Planaufgabe in Lausen gewartet werden. Die Firma Cheddite be-*

*absichtigt, die Überbauung nicht selbst zu realisieren, sondern wird nach der Genehmigung durch den Regierungsrat ihre Suche nach einem Investor intensivieren.*

*Benzbur (Hanro): Die Hanro AG möchte ihr Areal teilweise oder ganz veräussern. In Gesprächen mit der Hanro stellte die Stadt Liestal in Aussicht, dass der Quartierplan, der mit einem grossen Teil für Gewerbeflächen reserviert ist, abgeändert werden könnte. Es geht dabei um die Möglichkeit, Wohnraum oder Büroflächen zu schaffen. In Anbetracht der Zufahrt durch einen Wohn- und Schulhausquartierplan erscheint dies sinnvoll. Der Kanton hat signalisiert, dass er einer Änderung des erst vor vier Jahren genehmigten Quartierplanes grundsätzlich positiv gegenübersteht. Gespräche mit potenziellen Investoren erfolgen etwa alle zwei bis drei Monate.*

*Untere grosse Matt: Der Verkauf von Einfamilienhäusern war ins Stocken geraten. Deshalb wurde die weitere Entwicklung einem grösseren Investor überlassen, der die Beratung und den Verkauf übernommen hat. Auf der Basis des Quartierplanes wurden Stockwerkeigentumswohnungen entwickelt, die zurzeit angeboten werden. Ein Baustart mit geänderter Baueingabe erfolgt, sobald der Verkauf von mindestens neun Wohnungen sichergestellt ist. Zurzeit sind sechs Wohnungen reserviert.*

*Bauland:*

*Rampareal: Derzeit wird nicht verkauft. Im Rahmen der Zonenplanrevision wird die Nutzung erhöht. Dies führt zu einem Mehrwert.*

*Büchelistrasse 10: Der Verkauf ist im Zusammenhang mit der Realisierung Manor möglich.*

*Obergestadeckweg 8: Verkaufsverhandlungen wurden aufgenommen.*

*Radacker: Im Konzept Kindergarten Radacker ist ein Teilverkauf vorgesehen.*

*Kanonengasse 53: Im Moment kein Verkauf. Wenn das Projekt Manor umgesetzt wird, wird der Marktwert der Liegenschaft voraussichtlich markant steigen.*

*Rheinstrasse 6: Die Liegenschaft wurde verkauft.*

*Kanonengasse 51: Die Liegenschaft wurde verkauft.*

*Fraumattstrasse 3: Die Liegenschaft wurde verkauft.*

*Wasserturmplatz: Eine kleine Restparzelle wurde verkauft.*

*Parzelle 3997: Die Parzelle wurde verkauft.*

*Parzelle im Kessel: Die Restparzelle wurde verkauft.*

*Zurzeit stehen weder weitere Liegenschaften noch Parzellen zum Verkauf zur Verfügung.*

*Erschliessung Burqundergebiet: Von den Bau- und Strassenlinienplänen für die Neuererschliessung liegen Entwürfe vor, ebenso von der Neuparzellierung. Zurzeit erarbeitet das Ingenieurbüro die Bauprojekte für die Erschliessungswerke. Projekte und Baukredite werden dem Einwohnerrat demnächst vorgelegt.*

*Adrian Mächler (FDP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich davon befriedigt, wünscht aber die Diskussion,*

*://: was auch bewilligt wird.*

*Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) meint, Stadtrat Ruedi Riesen habe Dinge aufgezählt, die in der Interpellation nicht erwähnt seien. Anstelle von Büchelistrasse 53 müsse es ausserdem Kanonengasse 53 heissen.*

*Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, er sei mit dem Interpellanten Pascal Porchet die Liste durchgegangen und habe mit ihm abgesprochen, dass das, was zwischen den Zeilen stehe, auch beantwortet werde. Es tue ihm leid, dass er dies nicht gesagt habe.*

*Somit ist die Interpellation erledigt.*

96 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**7. Antwort des Stadtrates auf das Postulat von Erika Eichenberger, Grüne Liestal, betreffend Fussgänger- und Veloverbindung zur neuen Kantonsbibliothek (Nr. 2005/59)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

**Postulat betreffend Fussgänger- und Veloverbindung zur neuen Kantonsbibliothek**

Die neue Kantonsbibliothek wird sehr gelobt. Sie ist eine Bereicherung für die Benutzerinnen und Benutzer und hat Zulauf wie noch nie. Parkplätze sind für Velos und Autos ausreichend vorhanden. Leider sind die Zugangswege nicht ausreichend bedacht worden. Für die Automobilisten ist gut gesorgt. Sie können direkt vor die Kantonsbibliothek fahren und dort bequem parkieren. Für die Fussgänger ist die Situation wesentlich unangenehmer: Wer zu Fuss kommt, mit oder ohne Kinderwagen, muss sich am Bahnhof zwischen wartenden Fahrgästen und Bussen hindurchschlängeln und dann weiter vorne zwischen den Bussen hindurch auf die Strasse ausweichen, weil auf dem Trottoir zwischen Bus und Bahnhofgebäude oft zu wenig Platz ist. Bei den Taxiständen und der Postautohaltestelle ist kein Bereich für Fussgänger auszumachen. Diese Situation ist besonders für Kinder gefährlich. Auch für die Velofahrerinnen und Velofahrer ist die Zufahrt zwischen entgegenkommenden Bussen, parkierenden Autos und orientierungslosen Fussgängern gefährlich. Die Linienführung beim Einbiegen auf den Emma Herwegh-Platz ist für alle Verkehrsteilnehmer unklar.

Ich bitte den Stadtrat zu prüfen, wie der Zugang vom Bahnhofplatz zur Kantonsbibliothek für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Velofahrerinnen und Velofahrer sicherer und attraktiver gestaltet werden kann. Dem Einwohnerrat ist darüber zu berichten.

Erika Eichenberger  
Grüne Liestal  
26. August 2005

---

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, der Stadtrat wolle das Postulat entgegennehmen. Er störe sich auch an den Verkehrszuständen am Bahnhof. Das Areal sei keine Visitenkarte für Liestal. Er habe heute an einer Sitzung teilgenommen, die zur Hoffnung berechtige, dass der Quartierplan Bahnhof 2 allmählich in Schwung komme. Bis zu dessen Umsetzung werde sich der Stadtrat Mühe geben, am Bahnhof ohne grosse Investitionen etwas zu verbessern.

Erika Eichenberger (GL) dankt für die Antwort des Stadtrates. Es sei wichtig, dass bei der neuen Kantonsbibliothek rasch etwas verändert werde, damit die Leute sicher vom Bahnhofplatz zur Bibliothek kämen. Mit Markierungen können man zeigen, wo sich Velofahrer und Fussgänger bewegen sollten. Gerade für Schüler und Schülerinnen sei dies eine gefährliche Sache. Bereits würden manche Eltern ihre Kinder mit dem Auto aus dem Sicherternquartier zur Bibliothek bringen. Dies sei keine gute Entwicklung.

Ernst Burkhardt (SP) meint, man müsse dringend den Kanton darauf aufmerksam machen, dass es nicht nur um das Gebäude und seinen Inhalt gehe, sondern auch um die richtige Erschliessung des Gebäudes. Dies bedeute auch, für sichere Velo- und Fusswege zu sorgen. Wenn viele Kinder die Bibliothek besuchen sollten, müsse die entsprechende Erschliessung gewährleistet sein. Es wäre eine Aufgabe der Gemeinde, eine Einsprache zu machen. Dann könne das Thema nicht vergessen gehen.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) äussert, der Zugang zur Kantonsbibliothek sei für Fussgänger und Velofahrer tatsächlich sehr problematisch. Die Situation sollte kurzfristig entschärft werden. Man solle jetzt aber nur eine kostengünstige Minivariante ausführen, beispielsweise gelbe Markierungen anstelle von Trottoirs anbringen. Bessere Lösungen seien im Rahmen des Quartierplans zu planen und auszuführen. Ihre Fraktion sei einstimmig für die Überweisung des Postulats.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

**97 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**9. Antwort des Stadtrates auf die Motion von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Verkleinerung Begegnungszone (Nr. 2005/61)**

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

**Motion betreffend Verkleinerung Begegnungszone**

Mit der Einführung der Begegnungszone haben wir grundsätzlich gute Erfahrungen gemacht. Nach unserer Ansicht ist aber eine Anpassung (Verkleinerung) im Bereich Schleifewuhrweg – Allee – Seestrasse nötig.

Begründung:

- Die genannten Orte werden nicht als „Flaniermeile“ genutzt, sondern zum Parkieren und als Zu- und Wegfahrt, um das Einkaufszentrum Liestal zu benutzen.
- In der Seestrasse das geforderte Tempo 20 einzuhalten, ist sehr heikel, bei allfälligen Bussenverfügungen an Besucher von Liestal ist die Gefahr gross, dass wir auswärtige Kunden unseres Einkaufszentrums vertreiben („dann fahre ich halt in's Schönthal!“).
- An diesen Orten findet keine „Begegnung“ im Sinne einer Begegnungszone statt.

Auch an der GV der IGL wurde die Begegnungszone an sich nicht in Frage gestellt, aber auf den wunden Punkt in diesem Bereich wurde in mehreren Voten kritisch hingewiesen.

Wir beauftragen den Stadtrat, die Verkleinerung der Begegnungszone im Bereich Schleifewuhrweg - Allee - Seestrasse vorzunehmen.

Paul Finkbeiner  
SVP/CVP/EVP-Fraktion  
29. August 2005

---

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) fragt, ob sich der Stadtrat zur Motion äussern wolle.

Stadtrat Ruedi Riesen stellt fest, die Begegnungszone sei auch eine Emotionszone. Man könne dafür oder dagegen sein. Es seien Briefe an die Stadt geschrieben worden, Leserbriefe seien erschienen. Zuerst habe man sich an der Amtshausgasse gestossen, die inzwischen kein Thema mehr sei. Jetzt gehe es um die Seestrasse. Der Stadtrat meine, dass man dem Konzept eine gewisse Zeit geben müsse. Als die 50er-Zone eingeführt worden sei, habe es auch solche Reaktionen gegeben. Es brauche Zeit, um sich an das Neue zu gewöhnen. In Burgdorf habe man drei Jahre lang für die Begegnungszone gekämpft, jetzt sei sie zur Normalität geworden. Im Raum Seestrasse herrsche reger Fussgängerverkehr. Man könne hier wirklich von Begegnung zwischen Autos und Fussgängern reden. Die Berechtigung zu Tempo 20 sei gegeben. Im Namen des Stadtrates wolle er die Motion nicht entgegennehmen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) hält fest, er habe etliche Reklamationen von Kunden erhalten, die teilweise gebüsst worden seien, weil sie mit etwas mehr als 20 km/h die Seestrasse hinaufgefahren seien. Hier im Saal seien wohl die meisten dort schon schneller gefahren. Die Schwelle, die montiert worden sei, werde längst nicht von allen Anwohnern begrüsst. Wenn Lastwagen über die Schwelle fahren würden, entstünde jeweils beträchtlicher Lärm. Nach dem Passieren der Schwelle müssten die motorisierten Verkehrsteilnehmer Gas ge-

ben; auch das verursache Lärm. Anlässlich der Generalversammlung der IGL seien zahlreiche kritische Voten gefallen. Die Begegnungszone sei aber nicht an sich in Frage gestellt. Es gehe um die Situation im angesprochenen Gebiet. Aus gewerblicher Sicht könne er sagen, dass darum gekämpft werde, den Umsatz zu steigern, was in den letzten Jahren nicht gelungen sei. Er führe einen Betrieb mit rund 30 Mitarbeitern; jeder erwarte Ende Monat seinen berechtigten Lohn. Es sei ein schleichender Attraktivitätsverlust für das Gewerbe festzustellen, beispielsweise durch die Aufhebung der Möglichkeit, eine halbe Stunde gratis zu parkieren, oder weil Parkplätze verschwinden würden. Einkaufszentren rings um Liestal, bei denen man gratis parkieren könne, würden wie Pilze aus dem Boden schiessen. Man müsse sich überlegen, wie man dem entgegentreten könne. Er bitte den Rat um Überweisung.

Ernst Burkhardt (SP) meint, es könne nicht sein, dass das Wohlergehen des Gewerbes von ein paar Stundenkilometern abhängt. Die Seestrasse sei mehr ein Weg- als ein Zubringer. Die Argumentation in den Briefen von Anwohnern an den Einwohnerrat sei nicht überzeugend. Er bitte um Ablehnung der Motion. Man solle nicht etwas kaputt machen, womit man gerade angefangen habe.

Jürg Holinger (GL) äussert, er habe mit Interesse gelesen, dass die Motionäre und die IGL die Begegnungszone grundsätzlich nicht in Frage stellen würden. Die Grüne Fraktion sei aber dagegen, dass man schon nach so kurzer Zeit Abänderungen mache. Im Zusammenhang mit dem Thema Tempo 30, das die Bau- und Planungskommission derzeit bearbeite, habe er viel Fachliteratur gelesen. Um sich an neue Tempolimiten zu gewöhnen, müsse man mit mindestens drei Jahren rechnen. Es widerspreche auch seinem Rechtsempfinden, wenn man aus Angst vor Bussen Vorschriften ändern wolle.

Vreni Wunderlin (FDP) sagt, viele alte Leute und kleine Kinder würden über diese Strasse gehen. Ihr fehle dort der Fussgängerstreifen, den man weggenommen habe. Es wäre besser, die Schwelle abzumontieren und dafür den Fussgängerstreifen wieder anzubringen. Kinder und alten Leute würden sich dort sehr unsicher fühlen.

Bernhard Fröhlich (FDP) stellt fest, in der FDP-Fraktion sei die Angelegenheit zu einer Glaubensfrage geworden. Das Gewerbe sei ernst zu nehmen. Wichtig sei, dass man die Seestrasse noch hinauffahren könne. Sie sei tatsächlich ein Zubringer, wenn man einkaufen wolle. Mit der Begegnungszone tue man sich allerdings schwer. Man begegne vor allem einer Schwelle, auf die man wie gebannt schaue. Dann schaue man auf den Tacho, und fürs Umfeld habe man weniger Augen. Trotzdem sollte man jetzt nicht von der Begegnungszone abweichen. Er meine aber, die Schwelle müsse wieder abgebaut werden. Wenn die Polizei sowieso büsse, sehe er nicht ein, wozu man eine weitere Schikane einbaue. Besser wäre es, den Fussgängerstreifen wieder anzubringen. Dies wäre eine pragmatische Lösung, auch wenn ein solcher Streifen eigentlich nicht zu einer Begegnungszone gehöre.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) unterstreicht, es gebe Situationen, wo man kurzfristig Dinge ändern müsse. Mit Tempo 36 verliere man in der Seestrasse schon sein Billett. Es gebe Kunden, die deshalb nicht mehr nach Liestal kämen. Das Beispiel Burgdorf müsse man relativieren; in der Oberstadt habe es keine Detaillisten mehr. Es gehe jetzt nur um einen kleinen Kompromiss.

Adrian Mächler (FDP) gibt bekannt, es gebe keine Fraktionsmeinung. Die Emotionen seien hochgegangen. Das Problem sei eigentlich nicht Tempo 20, sondern das Verteilen der Bussen. Das einfachste wäre, einige 20er-Tafeln hinzuhängen. Offenbar sei dies aber verboten. Es wäre aber eine intelligente Lösung. Schlecht sei auch, dass man die Tempo 20-Zone Begegnungszone nenne; es sei einfach eine verkehrsberuhigte Zone. Negativ sei ausserdem, dass auf dem Plakat, das jetzt zu sehen sei, die Ziffer 20 auch noch abgeschnitten sei, so dass diese Zahl kaum zu lesen sei. Das grundlegendste Problem sei die Beschilderung. Es wäre ungünstig, die Seestrasse aus der Tempo-20-Zone herauszunehmen. Es würde ein Wirrwarr von Schildern entstehen. Man habe die Zone als grossen Gürtel gemacht, damit es

klar einen Eingang und ein Ende gebe. Zuerst einmal sollte man der Sache Zeit geben und vorläufig Temposünder ermahnen statt sie zu büssen. In Sachen Beschilderung sei Phantasie zu entwickeln.

Franz Kaufmann (SP) gibt zu, dass die Schilderungen über die Situation des Gewerbes unter die Haut gehen würden. Es sei ein Thema, das einen beschäftigen müsse und das eine separate Diskussion wert wäre. Der Zusammenhang zu Tempo 20 sei aber schwer nachvollziehbar. Seine Fraktion wolle die Vorschläge mit dem Fussgängerstreifen und der Beschilderung aufnehmen. Er bitte Paul Finkbeiner darum, die Motion inhaltlich zu ändern oder Vertrauen zu haben, dass die Stadt Nachbesserungen machen werde.

Hanspeter Stoll (SP) berichtet, er fahre Scooter. Dies würden auch viele Jugendliche machen. Mit einem 50-Kubik-Scooter könne man zu zweit mit Tempo 20 die Seestrasse nicht hinauffahren. Man mache junge Leute so zu Gesetzesbrechern. Man dürfe auch in einer Kleinstadt klüger werden, etwas hinterfragen und ändern. Die Schwelle an der Sichertnerstrasse sei ein Beispiel dafür. Die Motion gehe ihm zu weit. Die Fussgänger, die vom Bahnhof kämen, bräuchten unten an der Seestrasse den Vortritt. Danach aber sollte Tempo 30 signalisiert sein.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, er habe sich schon fast an Tempo 20 gewöhnt. Jetzt kämen Argumente, die ihn ins Nachdenken brächten. Angenommen, man setze in der Seestrasse Tempo 30 fest. Wenn man nun in den Fischmarkt fahre, um einkaufen zu gehen, denke man nach dem Einkaufen möglicherweise nicht mehr daran, dass hier wieder Tempo 20 sei. Es sei schwierig, wenn alle 50 Meter eine andere Geschwindigkeit gelte. Er habe die Lösung im Moment auch nicht. Man sollte es auf jeden Fall für die Kunden nicht allzu kompliziert machen. Er schlage ein Memorandum vor, damit man die ganze Sache überdenken könne. Paul Finkbeiner könne die Motion eventuell zurückziehen und später eine neue bringen.

Peter Schäfer (FDP) legt dar, Hanspeter Stoll habe ihn mit seinem Votum ins Zweifeln gebracht. Grundsätzlich fahre er mit dem Auto ins Stedtli, wenn er etwas besorgen wolle. Er begeben sich aber nicht gerne mit dem Auto ins Stedtli, wenn er gebüsst werde. Die Tempo 20-Limite in der Seestrasse sei für ihn auch ein Problem. Er konzentriere sich mehr auf den Tachometer als auf den Verkehr. Der Hintersee sei für ihn ein Zubringer ins Stedtli. Für ihn komme es nicht auf Tempo 20 oder 30 an. Ausschlaggebend sei für ihn die Angst, gebüsst zu werden und vielleicht sogar den Führerschein abgeben zu müssen. Viele Gewerbetreibende hätten übrigens den Brief, der an den Einwohnerrat gelangt sei, nicht unterschrieben. Unterschrieben hätten ihn vor allem Anwohner, die die Strasse möglichst verkehrsfrei haben wollten. Die Zeiten hätten sich verändert. Wo vor Jahrzehnten Kinder auf der Strasse gespielt hätten, gebe es heute relativ viel Verkehr. In der Allee sei es noch nie zu einem schweren Unfall gekommen, weil man aufgrund der kritischen Situation aufeinander Rücksicht nehme. Er sei vor allem dafür, das Gespenst des Gebüsstwerdens aus der Welt zu schaffen.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) teilt mit, er sei kein professioneller Autofahrer. Er benutze vor allem Fusswege. Was die Kreuzung von Fussgängern und rollendem Verkehr betreffe, so sei dies für ihn nicht unbedingt eine Begegnungszone. Im Gebiet der Papeterie Lüdin seien die Leute nicht glücklich, dass es keine Fussgängerstreifen mehr gebe. Viele seien unsicher, ob nun der Fussgänger oder der Verkehr den Vortritt habe. Beim Verkehr Richtung Seestrasse sei festzustellen, dass Verkehrsteilnehmer oft schon auf der Schützenstrasse mit zu hoher Geschwindigkeit daherkämen. Dass es an der Stelle, wo täglich Hunderte von Fussgängern die Fahrbahn kreuzen würden, noch nie zu einem Unfall gekommen sei, sei fast ein Wunder. Die Seestrasse sei für ihn keine Begegnungszone, ein Flanieren sei dort nicht möglich. Er sei nicht für die Freigabe des Tempos auf der Seestrasse, aber für Tempo 30 von der Papeterie Lüdin her bis zum Wasserturmplatz, ebenso auf dem Schleifewuhrweg. Unter diesem Aspekt sei er für die Überweisung der Motion.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) sagt, es sei angeregt worden, den Motionstext zu ändern. Er wäre dazu bereit. Er würde den Bereich Schleifewuhrweg und Allee aus der Motion herausnehmen.

Ernst Gebhard (Fraumättler) dankt der Stadt dafür, dass sie eine Tafel aufgestellt habe, die das Tempo angebe. So könne man die neue Geschwindigkeit einüben. Büssen könne man später, wenn das Neue zur Gewohnheit geworden sei. Bei der Papeterie Lüdin fehle ihm der Fussgängerstreifen an sich auch, aber auch daran werde man sich gewöhnen.

Franz Kaufmann (SP) schlägt vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Dann könne der Stadtrat diverse Varianten prüfen und deren verkehrstechnische Durchsetzbarkeit prüfen. Einem Postulat könnte die SP-Fraktion zustimmen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) meint, dies sei auch ein gangbarer Weg.

Stadtrat Ruedi Riesen stellt fest, es zeige sich ein bunter Strauss von Möglichkeiten. Wenn man noch zwei Stunden weiterdiskutierte, käme man auf noch mehr Ideen. Er sehe, dass die Seestrasse ein Problem sei und er verspreche, dass der Stadtrat die Anliegen weiterverfolge. Etwas wolle er aber doch noch sagen: Die Verkehrsplaner seien doch nicht alle Idioten. Jetzt habe man ein sauberes Verkehrskonzept, von dem der Einwohnerrat an der letzten Sitzung überzeugt gewesen sei. Jetzt merke er aber nicht, dass die Begegnungszone etwas mit dem Verkehrskonzept zu tun habe. Es sei kein Zufall, dass die Begegnungszone rund um den Stadtkern herum gezogen sei. Der Stadtrat wolle auch das Postulat nicht entgegennehmen.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) teilt mit, Paul Finkbeiner wandle seine Motion im Namen seiner Fraktion in ein *Postulat* mit folgendem Wortlaut um: *Wir beauftragen den Stadtrat, die Verkleinerung der Begegnungszone in der Seestrasse zu prüfen und Vorschläge zu unterbreiten.*

://: Das Postulat wird mit 26 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) fügt hinzu, er sehe die Problematik auch darin, dass eine Kleinstadt wie Liestal nicht über die Mittel verfüge, um die Strassen farblich voneinander zu unterscheiden. Dies wäre eine schöne Lösung.

Ratspräsident Hans Brodbeck (FDP) gibt bekannt, er komme zurück auf das Thema Sitzungsbeginn am 9. November 2005. Die Sitzung beginne nun doch erst um 17 Uhr, wie ursprünglich geplant. Wenn jemand früher gehen wolle, sei dies in Ordnung. Am 29. Oktober 2005 finde der Engelball statt. Es wäre schön, wenn die Politik dort auch vertreten wäre. Zum Schluss zitiere er Mark Twain: „*Heute in 20 Jahren wirst Du mehr enttäuscht sein über die Dinge, die Du versäumt hast, als über jene, die Du getan hast.*“

Schluss der Sitzung: 20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hans Brodbeck

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon